



Finther SPD-Brief

Liebe Fintherinnen,
liebeFinther,

zurzeit gibt es bei uns keinen Wahlkampf - und dennoch erhalten Sie einen SPD-Brief. Wundert Sie das? Wenn ja, dürfen wir vielleicht ganz bescheiden daran erinnern, dass wir uns immer mal wieder bei Ihnen melden, nicht vorrangig zu Wahlkampfzeiten. Das hat etwas mit unserem Verfassungsauftrag zu tun, der den Parteien die Funktion zuweist, an der Meinungsbildung der Bevölkerung mitzuwirken.

Heute möchten wir Ihnen zwei Ergebnisse unserer Jahreshauptversammlung zur Kenntnis geben. Die Versammlung hat einen neuen Vorstand gewählt und eine politische Standortbestimmung beschlossen.

Da Gerd Kallweit nicht mehr für diese Position kandidiert hat, wurde ich zum neuen Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins gewählt. Der Ansprechpartner der Finther SPD für Sie ist also jetzt: Manfred Mahle, Sertoriusring 309, Telefon 540200, e-mail m.mahle@online.de.

Die beschlossene Standortbestimmung ist in diesem Brief in voller Länge dokumentiert. Sie sollten wissen, wo wir unseren politischen Standort sehen, um uns daran beurteilen zu können.

Für uns ist diese Positionsbestimmung eine Leitlinie für innerparteiliche Diskussionen und für örtliche Entscheidungen, an denen wir (im Ortsbeirat) beteiligt sind. Ob es um Verkehrsprobleme, um die Entwicklung und Anbindung des Layenhofs oder um ein Baugebiet im Finther Westen geht - immer bemühen wir uns, die örtliche Sicht in eine übergeordnete einzubinden. Wir lehnen eine weitere Bebauung im Finther Westen ab, weil die zu erwartende zusätzliche Verkehrsbelastung nicht zu verantworten wäre. Gleichzeitig wollen wir aber auch dazu beitragen, dass der trotz Bevölkerungsrückgang zunehmende Flächen-„Verbrauch“ (täglich werden in Deutschland etwa 120 Hektar zubetoniert) zumindest gebremst wird.

Für den SPD-Vorstand grüßt herzlich

Manfred Mahle

Standortbestimmung der Finther SPD

Globalisierung und Nachhaltigkeit sind zwei der wichtigsten Themen, die seit einigen Jahren die Welt bewegen. Daran orientiert der SPD-Ortsverein Finthen seine Position folgendermaßen:

Zum Thema „Globalisierung“ heißt das aktuellste Stichwort GATS (General Agreement on Trade in Services). Zurzeit wird weltweit über Regeln und Vereinbarungen verhandelt, mit denen die Staaten sich verpflichten sollen, ihre Grenzen für Dienstleistungen zu öffnen. Die Liberalisierung des weltweiten Dienstleistungsmarktes wird mit Argumenten angestrebt, die auf den ersten Blick vielleicht überzeugen können: Alle, auch die kleinen Firmen und die der Entwicklungsländer, sollen überall auf der Welt die gleichen wirtschaftlichen Chancen haben. Aber ein Hinweis der EU-Kommission lässt aufhorchen: „Zwar entfallen auf Dienstleistungen derzeit mehr als 60 % der weltweiten Produktion und Beschäftigung, jedoch nur 20 % des Gesamthandels.“ Es ist offensichtlich: Hier lockt ein großer Kuchen, an dem die Großkonzerne gern einen größeren Anteil hätten. Tatsächlich zielen die GATS-Verhandlungen keineswegs auf Chancengleichheit, sondern auf bessere Bedingungen für den Verdrängungswettbewerb durch die großen Konzerne und die mächtigen Staaten.

Damit nicht genug. Die Liberalisierung soll alle Dienstleistungs-Bereiche umfassen, ausgenommen ist lediglich die „Ausübung hoheitlicher Gewalt“, ausdrücklich genannt sind hingegen Bildungs-, Umwelt- und Energiebereich. Das bedeutet: Unsere Kinder werden vielleicht demnächst in Schulen gehen, die McDonalds oder Coca-Cola gehören - was weniger für die Wissens-, aber um so mehr für die Wertevermittlung gefährlich wäre. Wir können uns noch so

sehr um regenerative Energiequellen bemühen, wenn der Atom-Strom aus Schrott-Reaktoren in Russland billiger ist, darf er nicht ausgesperrt werden. Die Versorgung mit Trinkwasser unterliegt ausschließlich den Mechanismen von Angebot und Nachfrage.

Vor wenigen Jahren haben die Wirtschafts-Größen der Welt die Zielrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung vorgegeben. In Zukunft reiche es aus, 20 % der Menschheit zu beschäftigen, die übrigen 80 % müssten lediglich ernährt und bei Laune gehalten werden. Mit anderen Worten: Die Wirtschaft ist nicht für die Menschen, sondern die Menschen sind für die Wirtschaft da. Diejenigen, die „die Wirtschaft“ besitzen und steuern, werden immer weniger, ihre Opfer werden immer mehr.

Die Globalisierung ist nicht an sich schlecht. Schlecht bzw. gefährlich ist die Ideologie derer, die sie betreiben: Das Prinzip der Gewinnmaximierung ist für sie das oberste Gebot.

Parallel zu den Globalisierungsbemühungen (oder als Folge davon) ist weltweit eine Entwicklung in Gang gekommen, die eine nachhaltige Entwicklung (sustainable development) zum Leitbild erhoben hat. Es besagt, die Entwicklung kann nur zukunftsbeständig sein, wenn sie Wirtschaft, Umweltschutz und weltweit soziale Gerechtigkeit als gleichwertig beachtet und unter einen Hut bringt. Während die Globalisierung als wirtschaftliche Liberalisierung nur den Interessen der Besitzenden und Mächtigen der Welt dient, indem sie auf den freien Marktzugang für diese zielt, ist der ganzheitliche Denkansatz des Leitbildes Nachhaltigkeit von Verantwortung für die gesamte Menschheit geprägt.

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ wurde vor mehr als 200 Jahren in der Forstwirtschaft

eingeführt. Er besagt, es darf nicht mehr Holz eingeschlagen werden als im gleichen Zeitraum nachwächst. Dieses Prinzip lässt sich nicht auf alle Wirtschaftsbereiche übertragen. Allgemein soll deshalb gelten: Wir dürfen nicht auf Kosten künftiger Generationen leben, sondern wir müssen dafür sorgen, dass kommende Generationen keine schlechteren Chancen haben als wir. Wendet man diese Forderung auf die drei Säulen Ökonomie, Ökologie und weltweit soziale Gerechtigkeit an, wird daraus eine Riesenherausforderung an die Menschheit. Wenn wir diese Herausforderung nicht bewältigen, dürfte es sehr schnell bergab gehen. Ozonloch, Klimaveränderungen, die Zunahme von Katastrophen sind Stichworte dafür, dass wir uns bereits auf dem Abwärtsweg bewegen. In den vergangenen vier Jahrzehnten sind die Versicherungsleistungen für Schäden durch Naturkatastrophen um ein Vielfaches gestiegen.

Die Regierungen von 178 Staaten haben 1992 in Rio de Janeiro die „Agenda 21“, einen Plan für das 21. Jahrhundert, unterzeichnet. Damit haben sie sich auf das Leitbild der Nachhaltigkeit verpflichtet und gleichzeitig alle Kommunen aufgefordert, jeweils eine eigene Agenda 21 aufzustellen und zu verwirklichen. Dabei wurde auch die Beteiligung der Bevölkerung und aller gesellschaftlichen Bereiche gefordert.

Bis heute ist das Leitbild der Nachhaltigkeit mehr in Sonntagsreden als in der politischen Alltagspraxis zu Hause. Das ganzheitliche Leitbild wird durch den Teilbereich Wirtschaft immer noch in ein Nischendasein abgedrängt. Ökonomisches Denken beherrscht alle Politikbereiche, während es weitgehend den Nicht-Regierungs-Organisationen vorbehalten bleibt, Schritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern. Verantwortung für alle Menschen hat keinen Stellenwert gegenüber dem

egoistischen Prinzip der Gewinnmaximierung für Wenige.

Ständiges Wachstum ist kein Naturgesetz. Arbeitnehmer/innen bringt es nur dann einen Vorteil, wenn sie einen Kredit - z.B. für ein Haus - aufnehmen: Mit nominal steigendem Einkommen verringert sich der Anteil der Zins- und Tilgungsraten daran. Das steigende Einkommen führt nur selten auch zu einer Anhebung der Kaufkraft. Ein Wirtschaftsunternehmen setzt aber nahezu zwangsläufig auf Wachstum - koste es (z.B. an Arbeitsplätzen), was es wolle. Wachstum erhöht die Preise, die Kaufkraft des Geldes verringert sich, und die Arbeitnehmer/innen sind gezwungen, über Tarifverhandlungen den Verlust wieder auszugleichen. So befinden sich die Arbeitnehmer/innen in einer ständigen Aufholjagd, dennoch vergrößert sich der Abstand zu den Kapital-Eignern immer mehr. Wachstum ist daher die Grundlage für eine ständige Umverteilung des Volkseinkommens von unten nach oben, weil die Arbeitnehmer/innen in der Regel keinen angemessenen Anteil an den Wachstums-Gewinnen erhalten.

Wie private Häuslebauer/innen profitiert auch der Staat bei Kreditaufnahmen von der durch Wachstum verursachten Inflation. Ohne diesen Effekt wäre eine Staatsverschuldung im aktuellen Ausmaß nicht vorstellbar. Da unser ganzes Wirtschaftssystem auf Wachstum aufgebaut ist, hat sich auch der Staat auf dieses System eingelassen. Ohne Wachstum müssten Staat und Kommunen bei jeder Investition (z.B. in den Bau eines Hallenbades) genau kalkulieren, ob die Folgekosten tragbar sind. Wer auf Wachstum baut, vertraut eher blind darauf, dass die Kosten durch künftige Zuwächse gedeckt sind. Der Staat hat sich gewissermaßen in die Falle der Wachstums-Ideologie begeben. Denn: Einmal in diesem System drin, kommt man kaum wieder

heraus. In der Konsequenz bedeutet das: Die Ökonomen bestimmen die Politik.

Dass die Globalisierung im Sinne der Wachstums-Ideologie fortschreitet, ist nicht zuletzt auf den maßgeblichen Einfluss der USA und amerikanischen Denkens auf die Weltwirtschaft zurückzuführen. Amerikanisches Denken unterscheidet sich von europäischem beispielhaft in der unterschiedlichen Auffassung von Recht und Gerechtigkeit. Während es bei uns zumindest theoretisch als Tugend gilt, Gerechtigkeit für alle walten zu lassen, wird offenbar in den USA die Freiheit höher bewertet als die Gerechtigkeit. Und das bedeutet auch, Freiheit für die Stärkeren, ihre Interessen durchzusetzen.

Wo steht nun die SPD zwischen den beiden Polen, die sich mit den Begriffen Globalisierung und Nachhaltigkeit, Egoismus und Verantwortung, Gewinnmaximierung und Chancengleichheit gegeneinander abgrenzen lassen? Im Vergleich zu CDU und FDP steht die SPD (gemeinsam mit den Grünen) eindeutig näher an den zukunftsfähigen Werten Nachhaltigkeit, Verantwortung und Chancengleichheit. Das lässt sich an vielen Beispielen ablesen, wichtig ist aber vor allem die grundsätzliche Ausrichtung: Die Bemühungen ohne Neuverschuldung auszukommen, sind Bemühungen uns aus der Wachstums-Falle zu befreien.

Im Vergleich zu dem, was im Sinne der Nachhaltigkeit wünschenswert ist, bleibt auch in der SPD noch sehr viel Umdenk- und Umsteuerungsarbeit zu leisten:

- Immer mehr Arbeitsplätze - auch im öffentlichen Dienst - abzubauen und auf diese Weise sparen zu wollen, ist nicht nachhaltig, sondern führt in eine Abwärts-Spirale ohne Ende.
- Auf Konjunktur und Wachstum zu hoffen, um die Arbeitslosigkeit zu verringern, hat

sich längst als Illusion erwiesen. Das Prinzip, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt, muss ernst genommen werden. Strukturelle Maßnahmen im Sinne der Nachhaltigkeit (in Richtung Vollbeschäftigung durch Umverteilung) sind notwendig.

- Das soziale Netz kann nicht allein durch Arbeitnehmer finanziert werden. An der Solidargemeinschaft der Renten- und Krankenversicherung müssen alle beteiligt sein.
- Der Anteil der Arbeitnehmer/innen am Steueraufkommen ist zu groß. Wie die Quellensteuer auf Zinseinkünfte, könnte eine Steuer auch an der Quelle der Gewinnmargen von Produktion und Dienstleistungen effektiver ansetzen, um die Lasten gerechter zu verteilen.

Nachhaltigkeit erfordert einen Umbau des Systems. Das ist leicht gesagt und kaum zu verwirklichen. Ein Entkommen aus der Wachstumsfalle ist sehr schwer.

Unter Berücksichtigung der schwierigen Rahmenbedingungen können wir mit der SPD sowie mit den Regierungen in Bund und Land zufrieden sein. Wenn wir das Leitbild der Nachhaltigkeit ernst nehmen, können wir uns aber nicht auf das Beifallklatschen beschränken. Vielmehr wollen wir unsere Möglichkeiten ausschöpfen, zum Umdenken beizutragen. Unsere örtlichen Aktivitäten sowie unsere Beteiligung an der innerparteilichen Diskussion sollen sich am Leitbild der Nachhaltigkeit orientieren.

Am Finther Wesen kann und soll weder Deutschland noch die Welt genesen. Die Themen, die die Welt bewegen, sollen dennoch auch unsere Themen sein. Global denken, lokal handeln, heißt die Devise. Oder: Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Dinge tun, werden das Gesicht der Erde verändern.